

DEUTSCHES

MENSCHEN & MÄRKTE, MASCHINEN, METHODEN, MATERIAL
die auflagenstarke Bauunternehmer-Zeitung

BAU BLATT

November 2007 34. Jahrgang, Nr. 332

MIT BAUGERÄTEMARKT

Reise durch
die Klimazonen

Auf den ersten Blick schaut es so aus, als ob in Bremerhaven ein Schiff gestrandet wäre. In Wirklichkeit handelt es sich bei dem Bauwerk um ein Klimahaus, das derzeit auf dem alten Hafengelände entsteht. Bereits Bauphase und Baumaterialien sind auf den Klimaschutz, das bestimmende Thema, ausgerichtet. Ab 2008 können sich Besucher in dem Gebäude auf eine Reise begeben, die sie rund um die Welt entlang des achten Längengrades durch acht Länder und ihre unterschiedlichen Klimazonen führt. Was sie erwartet und wie dieses ungewöhnliche Projekt realisiert wurde, ist nachzulesen auf [Seite 18](#)



Foto: Klimahaus Bremerhaven

Themen:

Umfrage zum Bau
der Transrapid-Strecke

Für die einen ist er ein Milliardengrab, für die anderen eine dringend notwendige Investitionen in die Zukunft, um schneller am Münchner Flughafen zu sein: der Transrapid. Seitdem der frühere Ministerpräsident Edmund Stoiber zu seinem Abschied die Diskussion über die Magnetschwebbahn ins Rollen brachte, beziehen Befürworter und Kritikern Position. Ihre Pro- und Contra-Argumente haben wir zusammengetragen und stellen sie vor auf [Seite 3](#)

Erste Straße
ohne Verkehrsschilder

Deutschland versinkt in einer Flut an Verkehrsschildern. Ganz Deutschland? Nein, Bohmte, eine Gemeinde in Niedersachsen wehrt sich gegen die Masse an Schilder und baut die erste Straße, die ohne Ampeln und Verkehrszeichen auskommen soll. Einzige Regel: Fußgänger, Rad- und Autofahrer müssen gegenseitig aufeinander Rücksicht nehmen. Wie das Konzept des von der EU geförderten und erstmals in Deutschland realisierten Shared-Space Projekts im Detail aussieht, ist nachzulesen auf [Seite 16](#)

Ladung beim Transport
vorschriftsmäßig sichern

Oft muss es beim Verladen von Baumaschinen, Werkzeug oder Baumaterial recht schnell gehen. So bleibt zu wenig Zeit, die Ladung richtig und vorschriftsmäßig zu sichern. Experten rechnen damit, dass ein Viertel aller Unfälle auf nicht oder unzureichend gesicherte Ladung zurückzuführen sind. Welche Punkte beim richtigen Laden und Befestigen zu beachten sind, um Unfallrisiken zu minimieren, darüber informiert ein Beitrag auf [Seite 17](#)

Größtes Potenzial CO₂ zu vermeiden, steckt in Gebäuden

Eine Studie hat bestätigt: Treibhausgase bis zum Jahr 2020 stark zu reduzieren, ist anspruchsvoll, aber machbar

BERLIN (SR). Spätestens seit Bundeskanzlerin Angela Merkel dem Klimawandel den Kampf angesagt hat, steht das Thema ganz oben auf der politischen Agenda. Europa soll Vorbild für weniger CO₂ und Deutschland zum Musterknaben für erneuerbare Energien werden. Der Anfang, sich dem ambitionierten Ziel zu nähern, ist gemacht: Deutschland verfügt als weltweit erstes Land über eine betriebswirtschaftliche Analyse aller wesentlichen Klimaschutztechnologien inklusive der Kosten in Euro pro eingesparter Tonne Treibhausgas. Ermittelt hat dies die Unternehmensberatung MC Kinsey im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) in der Studie „Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgas-Emissionen in Deutschland“.

Daran mitgewirkt haben über 70 Unternehmen und Verbände, die Kosten und Potenziale von mehr als 300 Einzelmaßnahmen bewerteten, wie Treibhausgasemissionen zu vermeiden sind. Berücksichtigt worden sind Emissionen, die bei der Produktion an deutschen Standorten entstehen, auch wenn die Produkte im Ausland konsumiert werden. Emissionen von Importen waren ausgeschlossen. Im Bereich Transport gehen lediglich innerdeutsche Emissionen in

die Rechnung ein. Grundsätzlich bewertet die Studie nur technische Verbesserungsmöglichkeiten, aber keine persönlichen Verhaltensänderungen. Die Untersuchung beruht auf den aktuellen Prognosen zum Wirtschaftswachstum in Deutschland.

McKinsey hat analysiert, wie die Emissionen in Deutschland entwickeln würden, wenn es keine technische Weiterentwicklung gäbe und der heutige Stand der Tech-

nik sich erst im Lauf der Zeit durchsetzt. Dadurch ergeben sich bereits automatisch jährliche Effizienzsteigerungen. Technologische Neu- und Weiterentwicklungen sind dagegen ausdrücklich nicht Bestandteil. Sie werden als Maßnahmen zur CO₂-Vermeidung bewertet.

In den vier Bereichen Gebäude, Industrie, Energie und Transport stuft die Studie einen Abbau der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 31 Prozent gegenüber 1990 für anspruchsvoll, aber als machbar ein. Und das, ohne Einbußen für Wirtschaftswachstum und Lebensqualität hinnehmen zu müssen sowie weiter am Kernkraftausstieg festzuhalten. 26 Prozent davon lassen sich realisieren, ohne dass weitere Vermeidungskosten entstehen oder mit weitgehend verkraftbaren Kosten von 20 Euro je Tonne CO₂. Fünf Prozentpunkte

setzen sich aus einem veränderten Energiemix zusammen, für den die Politik bereits Weichen gestellt hat. Der Großteil der bewerteten Einsparpotenziale lässt sich mit bereits bekannter und weitgehend serienreifer Technik verwirklichen.

Wird bis 2020 die Produktion von mehr als 30 Prozent CO₂ verhindert, wäre dies laut Studie nur mit sehr kostspieligen Maßnahmen zu realisieren und hätte unter Umständen negative Folgen für das Wirtschaftswachstum. Vermeiden ließen sich die Emissionen zum einen, wenn die Laufzeiten bestehender Kraftwerke verlängert würden. Zum anderen könnten sich Treibhausgase bis 2030 durch den Einsatz von heute noch nicht verfügbaren Techniken um mehr als 40 Prozent gegenüber 1990 verringern.

Fortsetzung auf Seite 2

Zum Schaden für den fairen Wettbewerb

Ein Kommentar von Sonja Reimann

Jüngstes Objekt staatlicher Privatisierungsbestrebungen, über dessen Für und Wider derzeit heftig gestritten wird, ist die Deutsche Bahn. Doch schon lange kann man beobachten, wie der Staat samt seiner Kommunen sukzessive versucht, die Privatisierung von Infrastruktur und öffentlichen Einrichtungen voranzutreiben und sein Tafelsilber zu vergolden. Antriebsfeder dafür ist weniger das Wohl um den Bürger und das Gemeinwohl, sondern es geht vielmehr darum, die leeren Kassen, die Deutschlands Kommunen belasten, schnell wieder zu füllen. Lukrative Einnahmequellen versprechen beispielsweise Geschäfte mit dem Abwasser und der Müllabfuhr oder der Privatisierung von Schulen, Strassen oder der Energieversorgung, also alles Leistungen, die der Staat bislang seinen Bürgern für ihre Steuerabgaben bereitstellte.

Versuchen die Kommunen, ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten in eigene Be-

triebe auszulagern, geraten private Unternehmen und Steuerzahler häufig ins Hintertreffen. Zwar tarnen Gemeinden ihre Privatisierungspläne mit geschickten Argumenten. Ins Feld führen sie Behauptungen, wie das private Unternehmen erledige die Aufgabe wirtschaftlicher und günstiger als es die Kommune könnte. Das mag sein, wenn von vornherein Anreize vereinbart wurden, die Leistung effizient zu erbringen. Doch erweist sich dies häufig als Trugschluss, denn viele Versprechungen werden nicht eingehalten. Meist führt eine Privatisierung von öffentlichen Aufgaben langfristig zu überhöhten Kosten, für die die Steuerzahler aufkommen müssen. Von sinkenden Wasser-, Strom- oder Abwasserpreisen ist man weit entfernt.

Weitere Probleme bereiten die wirtschaftlichen Aktivitäten einer Kommune, weil kommunale Betriebe von der Umsatzsteuerpflicht befreit sind, während Private dem vollen Mehrwertsteuersatz von 19

Prozent unterliegen, wie jüngst das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hingewiesen hat. Von einem fairen Konkurrenzkampf zwischen kommunalen und privaten Unternehmen als gleichberechtigte Partner könne laut Wirtschaftsforschungsinstitut angesichts der steuerlichen Vorteile, von denen die Kommune profitiert, nicht die Rede sein. Bewerben sich beide um den gleichen Auftrag, dann lassen kommunale Unternehmen ihre privaten Mitbewerber weit hinter sich, weil sie ihre Ausschreibungsangebote entsprechend günstiger anbieten können.

Blenden lassen sich die Gemeinden noch in anderer Hinsicht: Werden sie unternehmerisch tätig, indem sie ihre eigentliche Aufgabe, die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen, auf ein kommunales Unternehmen übertragen, geschieht dies häufig mit der Absicht, das einzusparen, was für die private Wirtschaft überlebenswichtig ist: die Investitionen. Doch damit schaden sie sich letztlich nur

selbst. Denn gibt es keine Investitionen wie in die Infrastruktur, verfallen die Straßen, Firmen ziehen sich von ihrem Produktionsstandort zurück und Steuereinnahmen bleiben am Ende aus.

„Weniger Staat, mehr Markt“ - seit Jahren wird dieses Credo verbreitet, doch inzwischen übertreiben es die Kommunen und machen Kasse auf Feldern, die herzlich wenig mit der Daseinsvorsorge zu tun haben – zum Beispiel mit dem Verkauf von Wohnungen. Die Stadt Dresden wollte sich beispielsweise mit einem Schlag von all ihren Schulden befreien, als sie ihren gesamten Wohnungsbestand an einen privaten Investor verhökerete. Dass es anders geht, zeigt Nordrhein-Westfalen. Hier bestand die Landesregierung auf eine Subsidiaritätsklausel. Sie bremst Kommunen aus und fördert private Firmen beim Geschäfte machen. Daran könnten sich auch andere Bundesländer ein Beispiel nehmen.

Früh gewarnt,
ist halb gewonnen

Manche Veränderungen gehen schleichend vonstatten und werden häufig viel zu spät bemerkt, was schon zu vielen Unternehmenskrisen geführt hat. Wenn ein Bauunternehmen aber über ein Frühwarnsystem und eine Unternehmenssteuerung verfügt, können Krisen bei ihm weniger anrichten. Businessplan und strategisches Controlling sind dabei wirkungsvolle Instrumente, die Entwicklung eines Bauunternehmens im Auge zu behalten. Wie sie aufgebaut sein sollten, erfahren Sie in einem Beitrag auf [Seite 25](#)

NACHHALTIGES BAUEN 18-19

SANIERUNG	20-21
BAUSCHÄDEN	22
GALABAU	23
IMPRESSUM	28